



BRIEF AUS BERLIN – NR. 20/2014

Inhalt

Vorwort

Aus dem Bundestag

- + 3 Jahre nach NSU
- + 25 Jahre Mauerfall
- + Steuerflucht bekämpfen
- + Sterbehilfe
- + Geplante Grundgesetzänderung
- + Flüchtlingspolitik in der EU
- + Unterbringung von Flüchtlingen
- + Abwicklung von Kreditinstituten
- + Netzwerk Berlin
- + Besuch der BPA-Gruppe in Berlin
- + Schülergruppe aus Limburg

Aus dem Wahlkreis

- + Pressemitteilungen aus dem Wahlkreis
- + Termine im Wahlkreis

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
 liebe Genossinnen und Genossen,

wieder einmal liegt eine spannende Sitzungswoche hinter mir! Für mich als Bildungspolitiker war die Anhörung zur Grundgesetzänderung von besonderer Bedeutung: Ich begrüße es, dass das Kooperationsverbot teilweise aufgehoben wird, auch wenn es wünschenswert gewesen wäre, wenn es noch weiter gefasst worden wäre.

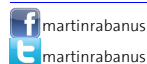
Martin Rabanus, MdB

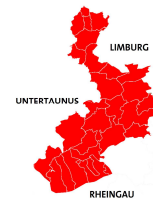
Kleiststraße 10
 65232 Taunusstein
 Tel.: 0 61 28 - 24 67 11
 Fax: 0 61 28 - 24 67 20

Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel.: 030 - 227 77 104
 Fax: 030 - 227 76 105

martin.rabanus@bundestag.de

www.martin-rabanus.de





Am Mittwoch erinnerte der Deutsche Bundestag außerdem am dritten Jahrestag der Aufdeckung an die NSU-Verbrechen. Des Weiteren stand auch die EU-Flüchtlingspolitik auf der Agenda: Deutschland nimmt jährlich um die 200.000 Flüchtlinge auf – mit steigenden Tendenzen ist zu rechnen. In der Frage der internationalen Flüchtlinge muss daher dringend gehandelt werden. So sieht das auch der Bundestag, dem diese Woche ein kleiner Durchbruch im Bauplanungsrecht gelang: Flüchtlingsheime können von nun an auch in Gewerbegebieten gebaut werden. Im Bereich Finanzen gab es ebenso grundlegende Änderungen: So wird bis 2016 ein europäischer Abwicklungsfonds geschaffen und es soll eine weitere Verschärfung der Maßnahmen bei Steuerflucht geben.

Ein ernstes Thema, was mich diese Woche besonders beschäftigt hat, ist die Sterbehilfe, die wir zusammen in der Landesgruppe Hessen – dem Zusammenschluss aller hessischen Abgeordneten der SPD-Fraktion – ausführlich diskutiert haben. Ein Thema, wo jeder für sich eine sehr gut überlegte Entscheidung treffen muss.

Einen schönen Ausblick wiederum gab es mit der Debatte zu „25 Jahre Mauerfall“: In Deutschland hat sich seitdem viel verändert und es ist gut, das Ganze noch einmal Revue passieren zu lassen. Was wäre gewesen, wenn es nicht dazu gekommen wäre? Viele Freundschaften wären niemals zustande gekommen und Deutschland wäre nicht das Land, was es heute ist – mit all seinen Stärken.

Neben den inhaltlichen Themen gab es aber auch diese Woche wieder spannende Veranstaltungen: So hatten wir bei dem Netzwerk Berlin Christiane Wirtz zu Gast, die uns mehr über ihre Tätigkeit als stellvertretende Regierungssprecherin verriet und über das Verhältnis von Politik und Medien sprach.



Wie schön Berlin und interessant der politische Betrieb ist, durfte vergangene Woche auch unsere letzte Besuchergruppe aus dem Wahlkreis auf Einladung des Bundespresseamtes erfahren.

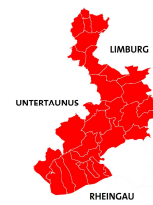
Ich wünsche Euch/Ihnen eine angenehme Lektüre und ein schönes Wochenende!

Martin Rabanus, MdB

Martin Rabanus, MdB
Kleiststraße 10
65232 Taunusstein
Tel.: 0 61 28 - 24 67 11
Fax: 0 61 28 - 24 67 20

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 - 227 77 104
Fax: 030 - 227 76 105

martin.rabanus@bundestag.de
www.martin-rabanus.de
 martinrabanus
 martinrabanus



Debatte zum Jahrestag der Aufdeckung der NSU-Verbrechen



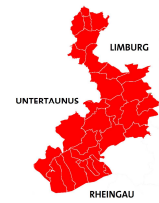
Fast 14 Jahre lang haben drei Rechtsextreme in Deutschland unerkannt gelebt, zehn Menschen umgebracht, zwei Sprengstoffanschläge und viele Banküberfälle verübt. Sie nannten sich NSU – Nationalsozialistischer Untergrund. Und obwohl neun der Todesopfer einen Migrationshintergrund hatten, kamen weder Polizei noch Justiz, Verfassungsschutz oder Medien auf die Idee, eine Verbindung zwischen der Mordserie und den Sprengstoffanschlägen und den drei Rechtsextremen herzustellen.

Der Deutsche Bundestag setzte auf Antrag und mit den Stimmen aller Fraktionen im Januar 2012 einen Untersuchungsausschuss „Terrorgruppe NSU“ ein. Sein Ziel war es, die Hintergründe aufzudecken und Verbesserungen zu erarbeiten.

Am Mittwochnachmittag erinnerte der Bundestag in einer Debatte an den dritten Jahrestag der Aufdeckung der NSU-Verbrechen. Aydan Özoguz, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (SPD), erinnerte an die Perspektive der Migrantinnen und Migranten. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) sprach von „Fassungslosigkeit“ angesichts des Leids und der Demütigung der Opfer. Der Minister ging auch auf die aktuelle Problematik mit den Hooligans ein. Die zeigte: „Rechte Gewalt ist aktuell“. Er sprach von „Kampfansagen an den Rechtsstaat“.

Die ehemalige Obfrau der SPD-Fraktion im NSU-Untersuchungsausschuss und jetzige SPD-Fraktionsvizein Eva Högl dankte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig für ihr Engagement bei wichtigen Präventionsprogrammen gegen Extremismus, die nun verlässlich und langfristig fortgeführt werden könnten. Högl mahnte, der Bundestag müsse „alles dafür tun, dass so etwas (wie der NSU-Terror) nie wieder passiert.“ Sie kündigte an, dass die Abgeordneten auch künftig nicht locker lassen und dass die Aufklärung weitergehe.

Die Arbeit des Untersuchungsausschusses offenbarte in der Tat institutionelles Versagen.



Er hat mehr als 40 Empfehlungen formuliert; die Koalitionsfraktionen haben sich im Koalitionsvertrag alle zu Eigen gemacht. Auch der neue Deutsche Bundestag hat zu Beginn der 18. Wahlperiode die Empfehlungen des Ausschusses bekräftigt und deutlich gemacht, dass diese umgesetzt werden sollen. Die Bundesregierung will die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses für die Justiz auf Bundesebene umsetzen. Dazu hat sie einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt ([Drs. 18/3007](#)), der kommende Woche im Parlament erstmals beraten wird.

25 Jahre Mauerfall



Vor 25 Jahren wuchs zusammen, was zusammen gehört!

Am 9. November jährt sich der Fall der Mauer zum 25. Mal und das ist ein Grund zum Feiern! 28 Jahre nach ihrem Bau war die Mauer endlich wieder offen! Um 21.30 Uhr wurde der Grenzübergang Bornholmer Straße geöffnet, in Berlin und in ganz Deutschland feierten die Menschen bis zum Sonnenaufgang.

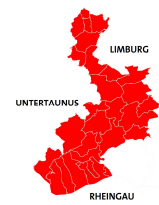
Diese Woche war Außenminister Frank-Walter Steinmeier zu Besuch in Südkorea. Was dieser Satz mit der Überschrift dieses Textes zu tun hat? Der Außenminister war vor allem in einer Hinsicht als besonderer Ratgeber von südkoreanischer Seite gefragt: Als Vertreter eines Landes, dem die Wiedervereinigung gelungen ist. Dass es auf dieser Welt immer noch Länder gibt, die in Teilung leben, hebt hervor, dass ein vereintes Deutschland

+++Veranstaltungshinweis+++

**SPD-Bundestagsfraktion vor Ort:
„Konsequenzen aus dem NSU-Terror“**

Am 19. November diskutiere ich mit der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Dr. Eva Högl und Nancy Faeser, innenpol. Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Hessen, über Konsequenzen aus dem NSU-Terror. Die Veranstaltung beginnt um 19.00 Uhr (Einlass 18.30 Uhr) im Hotel advena Jesuitengarten in Oestrich-Winkel, Hauptstr. 1. Interessierte sind herzlich willkommen!

>>> [Hier gibt es mehr Informationen](#)



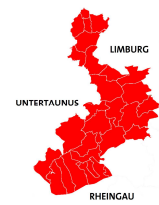
durchaus keine Selbstverständlichkeit ist. Am 5. November 1989 konstituierte sich in der Sophienkirche der Berliner Bezirksverband der SPD. Gemeinsam mit vielen anderen erzwangen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die ersten freien Wahlen.

Die Leute standen Schlange, um Mitglied zu werden, der Wille nach Demokratie konnte nicht mehr zurückgedrängt werden. Die Gründung der SPD, ein paar Tage bevor die Mauer fiel, macht es deutlich: Es waren die Bürgerinnen und Bürger selbst, die diese friedliche Revolution angeführt haben. Dass wir in diesem Herbst 25 Jahre Mauerfall feiern dürfen, ist eine große Errungenschaft, die wir dem Mut der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zu verdanken haben, die trotz Schikanen und Repressionen für Demokratie und Freiheit auf die Straße gegangen sind. Es war keine Revolution von „oben“, sondern der Wunsch des Volkes und dessen mutige Auflehnung, die die Mauer zu Fall brachten.

Meine persönlichen Erinnerungen an den Mauerfall 1989

Wie viele andere Bürgerinnen und Bürger Deutschlands habe auch ich meine persönlichen Erinnerungen an den Fall der innerdeutschen Grenze und die Wiedervereinigung. So habe ich die rasanten Ereignisse rund um den 9. November 1989 – eher zufällig – hautnah miterleben können, denn eine länger geplante Reise führte mich drei Tage nach der Maueröffnung am 12. November 1989 nach Berlin. Natürlich beobachteten wir die politischen Prozesse, die Montagsdemonstration und Friedengebete gerade als „Zonenrandler“ – ich lebte zu dieser Zeit im osthessischen Fulda – mit großer Spannung. Dass unsere Reise so unmittelbar mit den historischen Umbrüchen zusammen fallen würde, konnten wir natürlich nicht planen. Statt, wie gedacht, ein paar ruhige Tage in der geteilten Stadt zu verbringen, hatten wir Gelegenheit die Atmosphäre dieses Schlüsselmoments der deutschen Geschichte und Politik hautnah mitzuerleben.

Als wir also in Berlin ankamen, konnten wir es kaum erwarten, zum Brandenburger Tor zu kommen. Unser Gepäck schnell in die Unterkunft gebracht, reihten wir uns ein in die Menschenmenge, die „Egon vor, noch ein Tor“



skandierte. Zu diesem Zeitpunkt gab es nämlich erst zwei oder drei offene Grenzpunkte. So verbreiteten sich immer wieder mehr oder weniger zutreffende Meldungen über weitere Grenzübergänge, die geöffnet worden seien – Handys gab es praktisch noch nicht. Und in der allgemeinen Euphorie pilgerten wir alle dorthin, um uns selbst von dem Wahrheitsgehalt der Nachricht zu überzeugen. Mit dabei waren auch stets Becher und Sektflaschen, um gemeinsam anstoßen zu können.

Die potentielle Lage eines Übergangs zu wissen war eine Sache – dorthin zu gelangen eine völlig andere. Die Straßen waren voll mit Menschen – ganz Berlin schien auf den Beinen zu sein. Mit jeder Nachricht, dass ein bestimmter Übergang geöffnet würde, schienen die Menschen sich geschlossen in diese Richtung zu begeben. Dem entsprechend groß war die Enttäuschung, nicht nur bei uns, wenn sich, am Ziel angekommen herausstellte, dass der Übergang doch nicht offen war. Die Menschenmasse setzte sich wiederum in Bewegung, um den nächsten Übergang zu erreichen. Wenn dieser dann tatsächlich offen war, war die Freude auf beiden Seiten riesig – einander völlig fremde Menschen lagen sich mit Tränen in den Augen in den Armen.

Natürlich hatte ich schon vor der Abreise aus Hessen von den „Mauerspechten“ gehört und so hatte auch ich Hammer und Meißel eingepackt. Zu Hause wollte ich ein Stück Berliner Mauer präsentieren und mir so auch mein persönliches Erinnerungsstück an diesen denkwürdigen Moment deutscher Geschichte sichern. Und das ist mir auch gelungen: „Meine“ Mauerstücke habe ich bis heute.

Meine Erlebnisse im herbstlichen Berlin der Wendezeit blieben mir in Erinnerung als Tage, die trotz kaltem Wetter die schier unendliche Freude und die Luft von Freiheit und der Hoffnung auf ein gemeinsames Zusammenleben eines bis dahin getrennten Volkes atmeten. Wenn ich heute in Berlin die Spuren der Trennung sehe, erinnere ich mich an diese Zeit und freue mich, dass die Deutschen beider Länder zueinander gefunden haben. Die friedliche Revolution vom November 1989 ist vor allem ein Verdienst der Bürgerinnen und Bürger, ihrem selbstlosen Engagement sowie der Besonnenheit und Umsichtigkeit aller beteiligten Akteure im In- und Ausland. Der Protest gegen Unterdrückung und für ein friedliches Zusammenleben hat Vorbildcharakter für viele Menschen, die noch für Ihre Freiheit und für Gleichheit kämpfen.

Steuerflucht bekämpfen



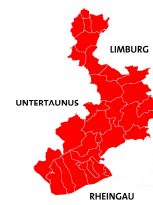
Bildnachweis: diepresse.com

Jedes Jahr gehen unserem Land Milliarden an Steuereinnahmen verloren, weil es Menschen und Unternehmen gibt, die Steuern hinterziehen oder Steuerumgehungsstrategien nutzen und damit die Allgemeinheit schädigen.

Wir fordern seit Jahren ein kompromissloses Vorgehen gegen Steuerbetrug und sind erfreut, dass dies nun mit zwei wichtigen Bausteinen gelingt: In Zusammenarbeit mit den Ländern hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Regelungen zur strafbefreienden Selbstanzeige im Steuerrecht erheblich enger fasst als bisher. Der Entwurf sieht u. a. vor, die Grenze, bis zu der eine Steuerhinterziehung ohne Zahlung eines zusätzlichen Geldbetrages bei Selbstanzeige straffrei bleibt, von 50.000 auf 25.000 Euro zu senken. Der zu zahlende Geldbetrag soll abhängig vom Hinterziehungsvolumen gestaffelt werden und es ist eine generelle Ausdehnung des Berichtigungszeitraums auf zehn Jahre für eine wirksame

Selbstanzeige geplant. Der Entwurf wurde am Donnerstag im Plenum in erster Lesung beraten und das Gesetz soll ab 1.1.2015 gelten.

Der zweite Baustein betrifft ein von zunächst 50 Staaten ratifiziertes Abkommen, Daten aller nicht im Inland ansässigen Bankkunden an die nationalen Finanzbehörden zu melden. Die Daten werden zunächst von Banken oder bestimmten Versicherungen erfasst und an die nationalen Finanzbehörden weitergeleitet. Diese reichen die verschlüsselten Daten dann an die Steuerbehörden der jeweiligen Heimatländer weiter. Der Informationsaustausch unter den Ländern soll im September 2017 starten. Die ausgetauschten Daten können nur von den Finanzbehörden genutzt werden. Der Datenschutz ist damit gewahrt. Mit dem automatischen Datenaustausch werden im Ausland angelegte Vermögen und erzielte Kapitalerträge transparent. Somit werden endlich auch Besitzer von Auslandsvermögen gemäß ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert. Auch damit wird eine langjährige SPD-Forderung nach Aufdeckung von ausländischen Vermögen und Kapitalerträgen umgesetzt, weil die Finanzbehörden den Steuerflüchtlings künftig leichter auf die Spur kommen.



Sterbehilfe



Bildnachweis: Gerd Altmann / pixelio.de

Sterbehilfe ist ein hochemotionales und sehr komplexes Thema, das auch ethische Fragen berührt. Die SPD hat im Koalitionsvertrag durchgesetzt, dass die palliativmedizinische Begleitung und Hospizversorgung in Deutschland weiter ausgebaut und finanziell stärker unterstützt wird. Das ist in einer älter werdenden Gesellschaft dringend erforderlich, zumal wir in der gesetzlichen Krankenversicherung nur eine 90-prozentige Förderung haben und in der privaten Krankenversicherung überhaupt keine Finanzierung gegeben ist.

Bei unserer letzten Landesgruppensitzung haben wir intensiv über das Thema Sterbehilfe diskutiert. Der Bundestag wird hierzu am 13. November eine Orientierungsdebatte abhalten und im nächsten Jahr soll dann ein eventueller Gesetzesentwurf zur Abstimmung ins Parlament eingebracht werden. Der

„Fraktionszwang“ wird bei dieser Abstimmung aufgehoben sein.

Schon in der Diskussionsrunde der hessischen SPD-Landesgruppe zeichnete sich ab, dass es eine vielschichtige Debatte geben wird, die sich im Spannungsfeld zwischen dem Recht auf Selbstbestimmung und dem Recht auf Fürsorge bewegen wird. Auch wurde deutlich, dass es bei diesem höchstsensiblen und sehr persönlichen Thema keine einfachen Lösungen geben wird.

Der Kern der Debatte dreht sich um die Beihilfe zum Suizid, etwa durch das Bereitstellen von todbringenden Medikamenten. Aktive Sterbehilfe, also die Tötung auf Verlangen, wird von niemandem gefordert. Das erklärte Ziel der meisten Positionen ist es, die gewerbliche und organisierte Sterbehilfe zu unterbinden. Denn: Sterbehilfe darf kein Geschäft sein! Gemeinsam haben alle Vorschläge auch, dass sie einen Ausbau der palliativmedizinischen Behandlungsmöglichkeiten, also der Schmerzbehandlung und der Sterbebegleitung, fordern.

Anhörung zur Änderung des Grundgesetzes



Am 3. November fand die Anhörung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung statt. Die Grundgesetzänderung stellt neben der Novellierung des BAföGs eines der zentralen Vorhaben des Ausschusses in diesem Jahr dar. Die Grundgesetzänderung wird kommende Woche abschließend im Plenum beschlossen. Die Anhörung hat bestätigt, dass die geplante Abschaffung des Kooperationsverbots im Hochschulbereich ein wichtiger und guter Schritt ist, da mit der Änderung neue Kooperationsspielräume für die institutionelle Förderung von Hochschule und Forschung geschaffen werden.

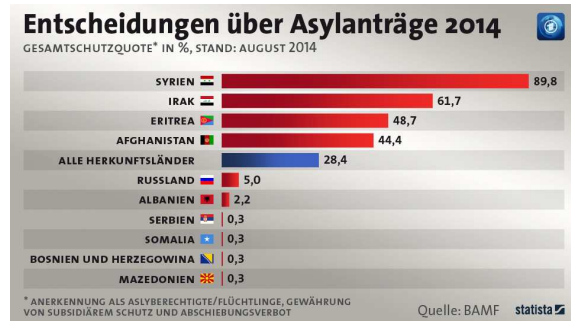
Die Sachverständigenanhörung zur geplanten Abschaffung des Kooperationsverbots im Hochschulbereich hat gezeigt, dass der Gesetzentwurf der Großen Koalition eine neue

Dynamik und moderne Kooperationsstrukturen in der Hochschul- und Forschungsförderung erzeugen kann. Der Entwurf der Großen Koalition geht in seiner Reichweite deutlich über die Entwürfe hinaus, die die Vorgängerregierung in den Bundestag eingebracht hatte. Anstatt wie bisher Hochschulen nur projektbezogen fördern zu können, soll der Bund nun gemeinsam mit den Ländern auch institutionelle Fördermaßnahmen auf den Weg bringen können. Es geht nicht mehr darum, einzelne exzellente Leuchtturmprojekte zu fördern, sondern unser Wissenschaftssystem in Spitze und Breite voranzubringen. Für uns gilt es nun, zügig die neuen Möglichkeiten für innovative Programme einzusetzen.

Für die SPD-Bundestagsfraktion bleibt es im Übrigen dabei, dass diese gute Lösung für Wissenschaft und Forschung nur der erste Schritt sein sollte, dem eine Abschaffung des Kooperationsverbots für alle Bildungsfelder folgen sollte. Dies entspricht der politischen Position, die die SPD seit Jahren vertritt.

Einen ausführlicheren Artikel zum Kooperationsverbot wird es in dem nächsten Newsletter der kommenden Woche geben.

Richtungswechsel in der EU-Flüchtlingspolitik dringend nötig



Die hohe und weiter steigende Zahl der Flüchtlinge nach Europa stellt die europäischen Staaten vor große Herausforderungen. Alle Mitgliedstaaten gemeinsam müssen mehr tun, damit wir unserer Verantwortung gerecht werden.

Ein erster wichtiger Schritt ist deshalb die Einführung eines fairen Verteilungsschlüssels, der die Asylbewerber gleichmäßiger unter den europäischen Staaten aufteilt. Das führt zur Entspannung der Situation in den Einzelstaaten und ist die Grundlage für eine menschenwürdige Versorgung. Die Europäische Union muss zudem einen Ausweg finden für die Situation an ihren maritimen Außengrenzen. Mit der Operation „Mare Nostrum“ der italienischen Regierung ist ein erster Schritt getan. Die Seenotrettungsaktion wurde ins Leben gerufen, um auf die menschlichen Tragödien der Vergangenheit zu reagieren, soll jedoch im Herbst auslaufen.

Deshalb haben wir im Plenum für eine nachhaltige Lösung geworben. Die eingesetzte Frontexmission an den maritimen Außengrenzen, die ab 1. November aktiv ist, wird jedoch keine ausreichende Hilfe sein. Denn Frontex, die Grenzschutzorganisation der EU, ist nicht ausgestattet, um dem Auftrag in vollem Umfang gerecht zu werden. Wir Sozialdemokraten fordern deshalb mehr Unterstützung für Frontex. Mit dem länderübergreifenden EU-Polizeieinsatz „Mos Maiorum“ gehen wir gezielt gegen organisierte Kriminalität und Schleppergruppen vor.

Die größten internationalen Geber und Hilfsorganisationen treffen sich kommende Woche auf Einladung von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier mit den am stärksten betroffenen Staaten der Region. Auch SPD-Abgeordnete werden an der Konferenz zur syrischen Flüchtlingslage teilnehmen. Gemeinsam wollen wir uns dazu verpflichten, die Flüchtlinge und die Aufnahmeländer mit vereinten Kräften zu unterstützen. Auch ein neuer Anlauf zur Lösung des Syrienkonflikts als eine der Hauptursachen für die aktuellen Flüchtlingsströme wird deshalb auf der Flüchtlingskonferenz diskutiert werden.

Bauplanungsrecht wurde verbessert, um Flüchtlinge leichter unterzubringen

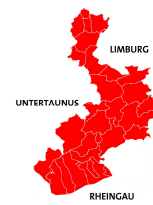


Bildnachweis: pixelio

Am Donnerstagabend unterstützte die SPD-Fraktion eine entsprechende Gesetzesinitiative aus dem Bundesrat, die dann im Plenum mehrheitlich angenommen wurde. Danach dürfen dringend benötigte Unterkünfte in den kommenden Jahren auch in abgelegenen Gewerbegebieten errichtet werden. Erleichtert wird zudem die Nutzung von Bürohäusern und Gewerbeimmobilien als Flüchtlingsheim. Mit diesem Gesetz erweitern wir die Handlungsspielräume der Kommunen. Sie können so schneller neue Unterkünfte für die Aufnahme von Flüchtlingen stellen. Wegen der internationalen Konflikte sind in diesem Jahr über 200.000 Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. So viele wie seit Jahren nicht. Planbarkeit und Rechtssicherheit ist für die aufnehmenden Kommunen besonders wichtig,

denn die Unterbringung stellt viele Kommunen vor große Herausforderungen. Besonders in Ballungszentren Deutschlands, in denen der Wohnungsmarkt oft angespannt ist, aber auch bei uns vor Ort stehen zu wenig Wohnungen und Flächen für Unterkünfte zur Verfügung. Aus den Übergangslösungen sollen keine Dauerlösungen werden, sagte Bundesministerin Barbara Hendricks. Der Abbau von Hürden, um eine menschenwürdige Versorgung zu gewährleisten, hat momentan Vorrang, so die Ministerin.

Die Kommunen bekommen damit zusätzliche Instrumente, um kurzfristig Flüchtlingsunterkünfte zu schaffen. Zudem sehen wir als SPD-Bundestagsfraktion auch die Bundesverwaltung in der Pflicht: Sie soll prüfen, ob und zu welchen Konditionen Liegenschaften unter Bundesverwaltungsrecht genutzt werden können. Denn für uns hat die menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge oberste Priorität.



Steuerzahler schützen – privates Haftungsprinzip stärken



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

Das marktwirtschaftliche Prinzip von Risikoverantwortung und Haftung muss auch im Finanzsektor gelten. Deshalb hat sich Deutschland mit seinen europäischen Partner darauf verständigt, neben der Bankenaufsicht durch die Europäische Zentralbank (EZB) einen europäischen Mechanismus zur Sanierung und geordneten Abwicklung maroder Banken einzurichten. Mit der Umsetzung der vorliegenden EU-Richtlinie wird bis 2016 ein europäischer Abwicklungsfonds geschaffen, der sich aus Abgaben der Banken speist. Der Fonds soll bis 2024 auf ein Volumen von ca. 55 Mrd. Euro anwachsen. Entscheidend ist: Eine klare Haftungskaskade sorgt dafür, dass privatwirtschaftliche Verluste nicht einfach wieder auf den Steuerzahler überwältzt werden: Bei Schieflage einer Bank werden zunächst die Eigentümer und Gläubiger herangezogen. Einlagen unter 100.000 Euro sind hiervon ausgenommen. Danach muss der durch Banken gespeiste Abwicklungsfonds in Anspruch genommen werden.

Netzwerktreffen mit der stellvertretenden Regierungssprecherin Wirtz

Am 6. November 2014 fand im SPD-Fraktionssaal im Reichstagsgebäude das Netzwerktreffen mit der stellvertretenden Regierungssprecherin Christiane Wirtz statt, welches von meiner Kollegin Eva Högl und mir organisiert wurde.

Als stellvertretende Regierungssprecherin bestimmt Frau Wirtz das Bild entscheidend mit, wie die Politik der Bundesregierung in der Öffentlichkeit dargestellt und wahrgenommen wird. Dabei muss sie den Spagat schaffen, zum einen Merkels Interesse an einem positiven Medienecho zu befriedigen und zum anderen den Erwartungen des Vizekanzlers Sigmar Gabriel gerecht zu werden.

Außer über die Herausforderungen ihrer Arbeit, konnten wir zudem mit Frau Wirtz zu Fragen der Medienverantwortung und -freiheit in der parlamentarischen Demokratie diskutieren. Die große Anzahl der Teilnehmer aus Politik, Medien und Gesellschaft hat mich als Sprecher des Netzwerk Berlin sehr gefreut und lässt auf ein reges Interesse an diesem Thema schließen.

50-köpfige Besuchergruppe aus dem Wahlkreis zu Gast in Berlin



Vom 21. bis zum 24. Oktober waren 50 politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis zu Besuch in Berlin. Die Fahrt beinhaltete u. a. eine Stadtrundfahrt mit politischen Schwerpunkt, ein Besuch im Haus der Wannsee-Konferenz sowie ein Informationsgespräch im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

Nach einer Führung durch die Gedenkstätte Hohenschönhausen wurde die Besuchergruppe von mir im SPD-Fraktionssaal empfangen. Dort bestand die Möglichkeit, in einem Gespräch aktuelle politische Themen zu diskutieren und mich persönlich kennen zu lernen. Es entstand eine spannende Diskussion auch über aktuelle politische Ziele. Später konnten die Besucher Fragen zu Themen stellen, die sie besonders interessieren. Dabei

lag der Schwerpunkt vor allem auf Problemen auf kommunaler Ebene. Anschließend besichtigte die Besuchergruppe den Plenarsaal und die Dachterrasse des Reichstagsgebäudes, wo sich die Gelegenheit für ein besonders schönes Gruppenfoto im nächtlichen Berlin bot.

Die Rückmeldungen seitens der Besucher waren sehr positiv. „Die Fahrt hat uns sehr gut informiert – sowohl politisch wie auch historisch. Vor allem das Bundespresseamt und die Führung durch die Untersuchungsanstalt Hohenschönhausen waren sehr interessant und besonders beeindruckend – zumal es sich im Falle der Gedenkstätte um Berichte von Zeitzeugen handelte und mit sehr viel Emotion verbunden war“, so einer der Teilnehmer. Auch die 15-jährige Schülerpraktikantin Lea Keßler, die im Rahmen ihres Praktikums bei mir auch an der Fahrt teilnahm, fand besonderen Gefallen an dem Programm: „Ich war positiv überrascht von unserem Besuch im Haus der Wannsee-Konferenz, weil ich nicht sehr viele Vorkenntnisse darüber hatte, trotzdem war alles gut verständlich und sehr informativ – besser als der normale Geschichtsunterricht! Ich würde glatt nochmal mitfahren!“

Friedrich-Dessauer-Schule im Bundestag



Am Donnerstag konnte ich noch eine Klasse der Friedrich-Dessauer-Berufsschule aus Limburg im Deutschen Bundestag begrüßen. Die Berufsschüler waren beeindruckt von den Programmpunkten ihres Besuchs im Bundestag. Ihr Besuch begann mit dem Besuch der Plenarsitzung. Vielfältige Informationen über meinen Arbeitsalltag erfuhren sie in einem darauffolgenden Gespräch. Hier blieb auch Raum für weitere Fragen zum Weg eines Gesetzes, der Kompromissfähigkeit in der Politik und die Architektur der Liegenschaften. Die Zeit der Zerrissenheit für die SPD, die auf die Reformen der Regierung Gerhard Schröders folgte, war neben einer Diskussion über die Freiheit des Mandats ein Schwerpunkt im Gespräch. Nachdem die Schüler Gelegenheit hatten, die Aussicht von der Kuppel des Reichstags zu genießen, ging ihr Tagesausflug mit einem Imbiss im Paul-Löbe-Haus weiter.

Pressemitteilungen aus dem Wahlkreis

An dieser Stelle verweise ich gerne auf einzelne Pressemitteilungen der vergangenen Tage – einfach anklicken, um nähere Informationen zu erhalten:

- + 06.11.2014:
[Rabanus: 125.000 € für Eltzer Hof in Eltville](#)
- + 05.11.2014:
[Noch anmelden für 50. Runde "Jugend forscht"](#)
- + 04.11.2014:
[Grünes Licht für Modellprojekte „Jugend stärken im Quartier“ im Rheingau-Taunus-Kreis](#)
- + 24.10.2014:
[Jugendfreizeitstätte Limburg zu Gast im Deutschen Bundestag](#)

Termine im Wahlkreis

- ***08. November, 09.00 Uhr:***
SPD-Landesparteitag
(Hofheim, Stadthalle)

+++ Die Termine in kursiv sind öffentlich +++
